

»» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 11. Oktober 2024



## In dieser Ausgabe

Aktuelle Stunde zur  
Wirtschaft

Mehr Schutz von  
Vollstreckungsbeamten  
und Rettungskräften

Ein Jahr nach dem  
Überfall der Hamas auf  
Israel

Bürokratie in der  
Ehrenamts- und  
Vereinsarbeit abbauen

Fraktionskongress  
Ländliche Räume

Geburtshilfe und  
medizinische  
Versorgung von Kindern  
und Jugendlichen

## »» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Lage der deutschen Wirtschaft ist nach wie vor schlecht. Die Situation in der Automobilindustrie ist nur ein Beispiel, das uns die heikle Lage im Mittelstand vor Augen führt. Bereits jetzt sprechen wir über rund 300.000 Arbeitsplätze, die in der Industrie verlorengehen. In einer von der CDU/CSU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde haben wir Lösungen und Entscheidungen von der Bundesregierung gefordert und gleichzeitig erneut unseren Maßnahmenkatalog für bessere Rahmenbedingungen und mehr Wettbewerbsfähigkeit eingebracht.

Erneut sind auch Migration und innere Sicherheit Themen der Woche. Der Streit der Ampel über die beiden Sicherheitspakete verhindert Lösungen zur Entspannung der Situation. Entgegen den Erwartungen stehen sie nicht zur Verabschiedung auf der Tagesordnung des Bundestages.

Der blutige Terroranschlag der Hamas hat sich am 7. Oktober 2024 zum ersten Mal gejäht. Der Bundestag hat am Donnerstag in einer vereinbarten Debatte an den Jahrestag des Massakers erinnert.

Des Weiteren debattierten wir in dieser Sitzungswoche u.a. über die Initiativen der CDU/CSU für eine Entlastung des Ehrenamtes bei der Bürokratie, mehr Schutz für Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte sowie über eine engmaschige, wohnortnahe Geburtshilfe und Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de).

Alles Gute

Ihr Hermann Färber

## »»» AKTUELLE STUNDE ZUR SITUATION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer gemeinsamen Konjunkturprognose die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum 2024 gesenkt. Sie rechnen nun mit einer erneut schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte nach der Gemeinschaftsdiagnose in diesem Jahr um 0,1 % sinken.

Im Frühjahr hatten die Forschungsinstitute ihre Erwartungen deutlich gesenkt und nur noch ein minimales Plus von 0,1 % vorhergesagt. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumserwartung auf minus 0,2 % korrigiert. Noch vor wenigen Monaten hatte die Bundesregierung mit einem leichten Plus von 0,3 % gerechnet. Die OECD erwartet, dass Deutschland bis mindestens 2025 eine der am langsamsten wachsenden Industrienationen bleibt. Die Wirtschaftskraft in Deutschland war bereits 2023 um 0,3 % zurückgegangen. Nach 2002/2003 wäre es erst das zweite Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass das BIP zwei Jahre hintereinander sinkt. Der erneute Rückgang wird sich auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt, auf die zu erwartenden Steuereinnahmen und auf die Sozialversicherungen auswirken.

Dramatisch ist in unseren Augen, dass die Bundesregierung sich weiter unter anderem mit internen Streitigkeiten beschäftigt und Chaos bei Förderprogrammen verursacht, anstatt in dieser schwierigen Lage Entscheidungen zu treffen und Unternehmen und Verbrauchern Planungssicherheit zu geben und verlässliche Perspektiven zu geben. Das Bild des "Kranken Mannes" von Europa, der wir Anfang der 2000er waren, kommt mir immer wieder häufiger in den Sinn.

Die CDU/CSU fordert vehement seit geraumer Zeit, den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland durch bessere Rahmenbedingungen wieder wettbewerbsfähig zu machen und dadurch eine echte "Wirtschaftswende" einzuleiten. Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise, ein Belastungsmoratorium und Reduzierung von Bürokratie und eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Es braucht zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie einen Pakt für Leistung, mit dem Arbeit und Mehrarbeit für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver werden.



Bildquelle: Canva.

## MEHR SCHUTZ VON VOLLSTRECKUNGSBEAMTEN UND RETTUNGSKRÄFTEN <<<

Mit unserem Gesetzentwurf zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Hilfeleistenden zielt die CDU/CSU auf eine Ausweitung und Verschärfung der strafgesetzlichen Normen ab, die Angriffe auf Vollstreckungsbeamte sowie ihnen gleichgestellte Personen (§ 115 Absatz 3 StGB), aber auch auf allgemein Hilfeleistende besonders unter Strafe stellen. Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und andere Einsatzkräfte stehen täglich mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für unser aller Sicherheit ein.

### Was soll sich mit unserem Gesetzentwurf ändern?

- Der Strafraumen für Angriffe wird deutlich angehoben sowie der Schutz auf Situationen erweitert, in denen die Tat "in Beziehung auf" den Dienst begangen wird, auch außerhalb einer direkten Diensthandlung.
- Unser Entwurf greift das Problem der zunehmenden Gewalt durch Patienten und deren Angehörigen in Arztpraxen und Krankenhäusern auf und erweitert den strafrechtlichen Schutz auf Angehörige der Gesundheitsberufe wie Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten, die ebenfalls zunehmend von Gewalt betroffen sind.

## VEREINBARTE DEBATTE: „7. OKTOBER – EIN JAHR NACH DEM TERRORISTISCHEN ÜBERFALL DER HAMAS AUF ISRAEL“ <<<

Die Bilder des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben sich in unser Gedächtnis eingeeignet. Eine Verbesserung der Sicherheitslage dort vor Ort ist nach wie vor in weiter Ferne, vor allem weil der Iran und seine verbündeten Terrororganisationen – Hamas, Hisbollah und Huthi – ununterbrochen die einzige Demokratie der Region weiter attackieren.

Leider sehen wir auch in Deutschland ein Jahr dem Anschlag einen steigenden Antisemitismus. Wir sind Zeugen einer in der Nachkriegsgeschichte bisher nicht dagewesenen Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus auf unseren Straßen. Demonstranten erklären offen ihre Unterstützung für die Hamas oder andere militante palästinensische Gruppen und bejubeln den Tod von Jüdinnen und Juden. Viel zu oft vernehmen wir in Erklärungen aus dem Kunst- und Kulturbetrieb oder aus den Hochschulen eine Verharmlosung des Hamas-Terrors. Antisemitische Einstellungen drohen in weiteren Teilen der Gesellschaft salonfähig zu werden. Seit Jahresbeginn registrierte die Polizei mehr als 3.200 antisemitische Straftaten – eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Insgesamt zählt die deutsche Polizei seit dem 7. Oktober 2023 knapp 8.500 antisemitisch motivierte Straftaten.



Bildquelle: Hermann Färber.



Bildquelle: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages.

Antisemitismus ist in keiner Weise zu tolerieren - weder bei uns noch im Ausland. Die CDU/CSU unterstützt Israel, sein völkerrechtlich verbrieftes Recht und gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern auch die Pflicht, sich gegen Angriffe zu verteidigen und zu behaupten. Der Terror darf den Alltag der Menschen nicht länger bestimmen. Es gilt, die legitimen Sicherheitsziele zu erreichen, die humanitäre Lage zu verbessern, eine Befreiung der Geiseln zu erreichen sowie die Entwicklung einer Nachkriegsordnung auf den Weg zu bringen. Unser demokratischer Staat darf nicht dulden, wenn auf deutschen Straßen die Existenz Israels in Frage gestellt und Jüdinnen und Juden bedroht und angegriffen werden. Der Rechtsstaat muss jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbinden – mit allen gebotenen Mitteln. Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird. Die Ereignisse in Deutschland in den Monaten seit dem 7. Oktober 2023 haben gezeigt, dass wir den Kampf gegen Antisemitismus in unserem Land noch entschlossener führen müssen. Wir haben in mehreren parlamentarischen Initiativen die Vorschläge in den Deutschen Bundestag eingebracht und aufgezeigt, was zu tun ist: Strafmaß für antisemitische Straftaten hochsetzen und diese Taten konsequent verfolgen, verbotene Demonstrationen wirkungsvoll unterbinden, jüdische Einrichtung und jüdisches Leben in Deutschland verlässlich schützen, die Unterstützer-Infrastruktur der Hamas und anderer militanter Gruppen zerschlagen, entsprechende Vereine verbieten. Antisemiten aus dem Ausland dürfen nicht eingebürgert werden, bei antisemitischen Straftaten muss das Aufenthaltsrecht entzogen werden.

## ➤➤➤ BÜROKRATIE IN DER EHRENAMTS- UND VEREINSARBEIT ABBAUEN

In Deutschland engagieren sich rund 30 Millionen Menschen ehrenamtlich in mehr als 600.000 gemeinnützigen Vereinen, Verbänden, Körperschaften und Initiativen, zum Beispiel in Sport- und Kulturvereinen, in Kirchen oder der Wohlfahrtspflege, bei der Feuerwehr sowie in unseren Hilfs- und Rettungsorganisationen oder im Natur- und Umweltschutz. Sprich: Sie stellen sich mit ihrem Einsatz in den Dienst für unsere Gesellschaft und für andere Menschen. Besonders in ländlichen Regionen ist ehrenamtliches Engagement eine tragende Säule für ein lebendiges und funktionierendes Gemeinwesen. Den Ehrenamtlichen gebührt dafür eine große Anerkennung.



Bildquelle: Hermann Färber

Zunehmende Bürokratie und staatliche Auflagen erschweren jedoch das Engagement und die Vereinsarbeit erheblich. Wo Ehrenamtler und Vereine einfach nur ihre Tätigkeiten für unsere Gesellschaft ausüben möchten, legt ihnen der Staat immer wieder bürokratische Fesseln an.

Mit unserem Antrag "Engagement fördern, Ehrenamt stärken, Vereine entlasten – Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen" machen wir konkrete Vorschläge, wie eine Entlastung der ehrenamtlichen Arbeit aussehen und das Ehrenamt gleichzeitig gefördert werden kann, so zum Beispiel:

- Abbau von 25 % der Bürokratiebelastung für gemeinnützige Vereine.
- Für jede neu eingeführte Belastung muss doppelt so viel Bürokratie abgebaut werden ("One in – two out").
- Reduzierung der Haftungsrisiken für ehrenamtliche Vorstände.
- Entlastung von Kosten und Aufwand, etwa bei der notariellen Beglaubigung von Registeranmeldungen.
- Vereinfachung der Prüfungsintervalle des Finanzamts für Gemeinnützigkeit und Umsatzsteuerpflicht.
- Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen.
- Anhebung der Freigrenze für Einnahmen aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb.



Die CDU/CSU ist der Anwalt des ländlichen Raums. Das wurde auf dem Fraktionskongress deutlich, den ich gemeinsam mit meinem Kollegen Henning Otte organisiert habe. Ziel der CDU/CSU ist es, dass ländliche Räume attraktiv bleiben und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land geschaffen werden.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig.

Auf dem Kongress haben wir uns mit rund 300 Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbandsvertretern darüber ausgetauscht, vor welchen Herausforderungen die ländlichen Räume stehen und wie wir passgenaue Lösungen entwickeln. Deutschland hat vielfältige ländliche Räume, die häufig wirtschaftlich stark sind und eine sehr gute Lebensqualität bieten. Keinesfalls darf der ländliche Raum bei Versorgung, Digitalisierung und Mobilität abgehängt werden.

Friedrich Merz betonte zu Beginn die Bedeutung starker Kommunen, die nicht durch übermäßige Migration überfordert werden dürfen. Die Zuwanderung müsse daher begrenzt werden, so dass die Fähigkeit zur Integration und die Akzeptanz der Bevölkerung erhalten blieben.

In drei Panels wurde über Dasein- und Dableibevorsorge, die Stärkung des Ehrenamts, gute Rahmenbedingungen für Handwerk, Mittelstand und erneuerbare Energieerzeugung sowie über Land- und Forstwirtschaft diskutiert. Deutlich wurde: Die Ampel denkt zu sehr an die Großstädte. Die Politik muss das Lebensgefühl der Menschen im ländlichen Raum besser berücksichtigen.

Im Panel über Land- und Forstwirtschaft habe ich mich dafür ausgesprochen, die Landwirtschaft auf Grundlage der sehr guten Vorschläge der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung weiterzuentwickeln. Notwendig sind insbesondere Planungs- und Investitionssicherheit für den Umbau der Tierhaltung, weniger Bürokratie und mehr Vertrauen und Eigenverantwortung.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig.



Bildquelle: Hermann Färber.



Bildquelle: Hermann Färber.

Am Rande des Kongresses habe ich mich auch mit dem Kaufmann Dr. Jens Gebauer ausgetauscht. In meinem Wahlkreis wird in Gebauer's EDEKA-Märkten vorgelebt, wie Nahversorgung und regionale Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum funktionieren.

## ➤➤➤ GEBURTSHILFE UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ZUKUNFTSFEST GESTALTEN

Eine angemessene Versorgung unserer Kleinsten und deren Familien muss eine hohe Priorität haben. Neben einer auskömmlichen Finanzierung braucht es das Zusammenwirken zwischen Fachärzten, Hebammen, Pflegekräften und Medizinischen Fachangestellten. Sprich: Das richtige Team, zur rechten Zeit am richtigen Ort. Mit unserer zentralen Forderung in unserem Antrag wollen wir verhindern, dass es im Zuge der Krankenhausreform zu einer Verschlechterung der Versorgungslage kommt. Schwangere und Familien brauchen eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige, stationäre und ambulante Versorgung.

### Daher schlagen wir unter anderem vor:

- hebammengeleitete Kreißsäle stärker zu fördern,
- das Hebammenstellenförderprogramm weiterzuentwickeln sowie berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für die Hebammen zu stärken,
- die Länder darin zu unterstützen, analog zur Landarztquote die Einführung einer Kinderarztquote zu prüfen und hierfür gesonderte Studienplätze zur Verfügung zu stellen sowie
- Kinder- und Jugendmedizin als verpflichtenden Teil der Ausbildung festzuhalten.



Bildquelle: Canva.

Ergänzend dazu sehen wir - neben Verbesserungen in der Weiterbildung - eine bessere Vorbereitung der Auszubildenden in der Pflege auf ihre Tätigkeit in der pädiatrischen Versorgung als notwendig an. Ebenso muss die Neustrukturierung der Perinatalzentren gesetzlich geregelt werden.

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)